

Mehr Hilfe für Arme

Wohlfahrtsverbände kritisieren Betreuungsgeld für Erziehung zu Hause. Besser sei Hilfe für Familie

DÜSSELDORF dpa Angesichts von über 800.000 Kindern, die in NRW unterhalb der Armutsgrenze leben, haben Sozial- und Wohlfahrtsverbände mehr Hilfen für Betroffene gefordert. Der wichtigste Schlüssel zur Überwindung der Armutsspirale sei frühe Förderung in Kindertageseinrichtungen, unterstrichen gestern der Deutsche Kinderschutzbund, der Paritätische Wohlfahrtsverband NRW und die Arbeiterwohlfahrt (AWO).

Vertreter aller drei Verbände wandten sich gegen das geplante Betreuungsgeld für die Erziehung zu Hause. "Jeder Euro, der in die Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur geht, ist besser angelegtes Geld", sagte der Landesvorsitzende des Paritätischen, Cord Wellhausen. In einem gemeinsamen Aufruf zur Bekämpfung der Kinderarmut fordern die Verbände kostenfreie Kitas. Für Armutsfamilien müssten darüber hinaus die Kosten für Mittagessen in Kitas und Schulen, die Mitgliedschaft in Sportvereinen und für Sportkleidung übernommen werden.

Harsche Kritik äußerte das Bündnis am geplanten Kinderbildungsgesetz (Kibiz) der Landesregierung. "Um Bildungsdefizite auszugleichen, brauchen Tageseinrichtungen ausreichend Betreuungspersonal mit hoher pädagogischer Qualifikation", betonte Wellhausen. "Mit dem vorliegenden Kibiz-Gesetzentwurf ist das nicht zu machen." Stattdessen würden Standards abgesenkt und Kitas in sozialen Brennpunkten schlechter gestellt. Auch die Familienzentren seien finanziell viel zu mager ausgestattet. Die familienpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Marie-Theres Kastne, sagte dagegen, erstmals werde mit dem Kibiz ein Anspruch auf frühkindliche Bildung formuliert. 2009 gebe die Landesregierung eine Milliarde Euro für Kinderbetreuung und -bildung aus - "mehr als jemals zuvor".

taz NRW vom 22.5.2007, S. 1, 70 Z. (Agentur)